

# SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES



Die Initiative  
«Staatsverträge  
vors Volk» stärkt  
Volksrechte und  
Demokratie!  
Von Elvira Hengeveld

Seite 6



Minarett-Initiative:  
Warum nimmt der  
Bundesrat Anliegen  
der Bevölkerung  
nicht ernst?  
Von Olivier Kessler

Seite 11



Der Agrarfreihandel  
bricht Schweizer Bauern  
das Genick.  
Von Nationalrat  
Ernst Schibli

Seite 8

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 55 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Nr. 7/2008

## Patriotismus statt Swissness

Nationalrat Toni Brunner S. 3

## Nein zum schleichenden EU-Beitritt – Ja zur Stär- kung der Volksrechte!

Hans Fehr S. 4

## Plädoyer für die direkte Demokratie

Marco Duller S. 5

## HarmoS ist praxisuntaug- lich – ein Verwaltungs- produkt im staatsrecht- lichen Niemandsland

Paul Wenger S. 7

## Die Errungenschaften unserer

## Elterngenerationen

Luzi Stamm S. 9

## Wurde das Wasser- schloss des Gotthards leichtfertig verkauft?

Prof. Dr. Albert A. Stahel S. 10

## Kein Schein-Referendum gegen das undemokrati- sche Personenfreizügig- keits-Paket

Alain C. Hauert S. 12

Reklame

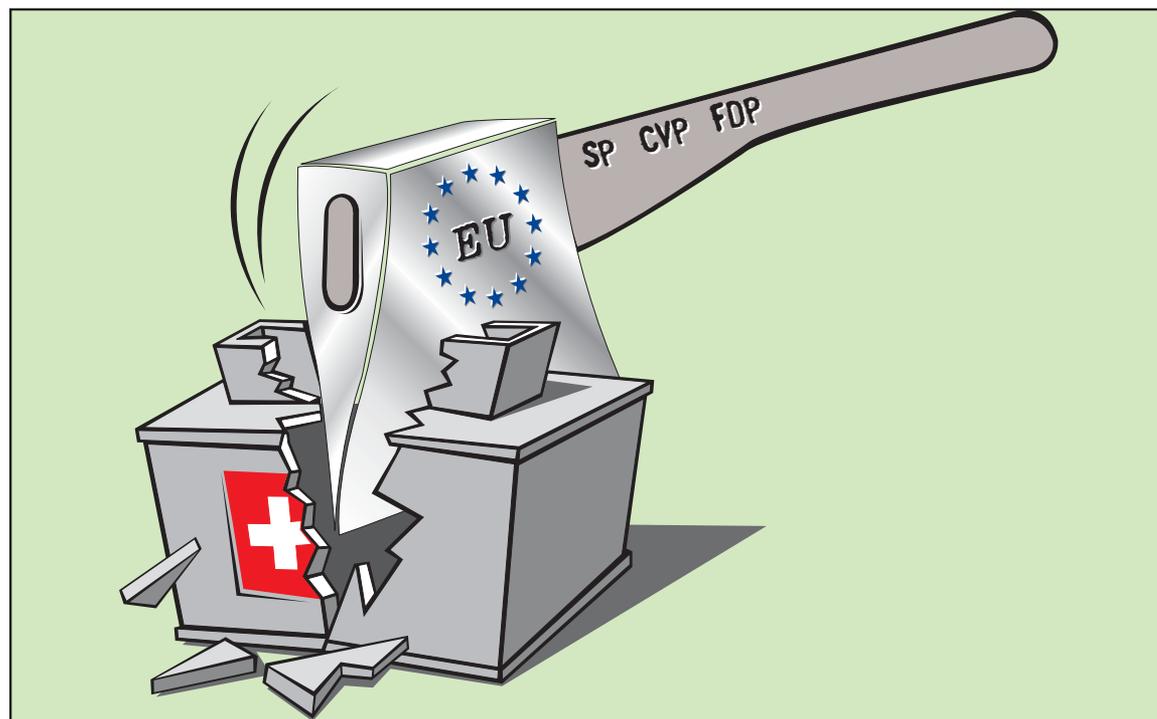
**Wir machen  
aus Kunden  
Winner.**

**zt** Zofinger Tagblatt AG  
Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG  
Henzmannstrasse 20  
4800 Zofingen  
Tel. 062 745 93 93  
www.ztonline.ch

## Direkte Demokratie in Gefahr!

Die politische Situation in der Schweiz verändert sich besorgniserregend. Beispiel Personenfreizügigkeit: Noch nie wurde eine Abstimmung so manipuliert und die freie Willensäußerung damit verunmöglicht! Beispiel HarmoS: Ein Gremium ohne jede Verfassungsgrundlage macht plötzlich Gesetz und missachtet den Willen und die Bedürfnisse ganzer Kantone. Beispiel «Initiative gegen den Bau von neuen Minaretten»: Ein ernstes Anliegen vieler Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz wird vom Bundesrat sogleich bei der Einreichung scharf verurteilt. Ganz klar zeigt sich: Die politische Mitsprache vom Volk und von den Kantonsparlamenten wird immer mehr durch Beschlüsse der Konferenz der Kantonsregierungen oder kantonaler Fachdirektionen ausgeschaltet, der anpasserische Bundesrat negiert Bedürfnisse der Bevölkerung. Beim Bund und bei den vereinten Kantonsregierungen wird – wie in der EU – die Demokratie offenbar zunehmend als lästiges Übel empfunden. Doch genau die direkte Demokratie ist eine der herausragenden Eigenschaften unserer Schweiz. Die SVP will ihr Sorge tragen und sie stärken. Darum ist die Unterstützung der Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk» – Unterschriftenbogen auf der Rückseite dieser Ausgabe – ein erster konkreter Schritt zur Wahrung unserer direkten Demokratie und unseres Mitspracherechts.





..... Expl.	SVP-Fussball NEU	Fr. 25.–
..... Expl.	Cap «Swiss Look» NEU	Fr. 10.–
..... Expl.	SVP-Sitzungsmappe NEU	Fr. 49.–
..... Expl.	Seidenkrawatte Schweizerkreuze klein	Fr. 50.–
..... Expl.	Seidenkrawatte Schweizerkreuze gross	Fr. 50.–
..... Expl.	Seidenkrawatte SVP	Fr. 50.–
..... Expl.	SVP-Bonbons Blechdose	Fr. 5.–
..... Expl.	SVP-Feuerzeug	Fr. 5.–
..... Expl.	Rucksack robust und praktisch, für Sie und Ihn!	Fr. 25.–
..... Expl.	Pin Schweizerkreuz	Fr. 7.–
..... Expl.	Pin SVP-Logo	Fr. 7.–
..... Expl.	Pin «SVP Gold»	Fr. 7.–
..... Expl.	Post-it, Block à 50 Blatt	Fr. 2.–
..... Expl.	Offiziersmesser, Original-Victorinox	Fr. 20.–
..... Expl.	Kleber, Bogen à 27 Kleber	Fr. 5.–
..... Expl.	Jass <input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> Deutschschweizer	Fr. 3.–
..... Expl.	SVP-Ballone, Sack à 50 Stück	Fr. 33.–
..... Expl.	Kugelschreiber	Fr. 2.50

Name .....

Vorname .....

Adresse .....

PLZ/Ort .....

Telefon .....

Mail .....

Ort .....

Datum .....

Unterschrift .....

**Bitte Talon einsenden an:  
Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern  
per Fax an 031 300 58 59 oder Mail [gs@svp.ch](mailto:gs@svp.ch)**

**Online-Bestellung auf [www.svp.ch](http://www.svp.ch)**

## Impressum **SVP-Klartext** Die Zeitung des Mittelstandes

**Herausgeberin:** Stiftung SVP-Parteizeitung

**Erscheinungsweise:** 12 x / Jahr

**Chefredaktor:** Markus Zollinger

**Inserate:** Markus Zollinger

**Adresse:**

Generalsekretariat SVP  
Postfach 8252, 3001 Bern  
Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59,  
E-Mail: [klartext@svp.ch](mailto:klartext@svp.ch)

**Jahresabonnement:**

Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–  
(Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

**Bankverbindung:**

Stiftung SVP-Parteizeitung, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

**Druck:**

Zofinger Tagblatt AG, ZT Print, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen,  
Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49, [www.ztonline.ch](http://www.ztonline.ch)

**Adressänderungen:**

per E-Mail an [klartext@svp.ch](mailto:klartext@svp.ch)



STIFTUNG  
FÜR BÜRGERLICHE  
POLITIK

## Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale, unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die «Stiftung für bürgerliche Politik» ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.

Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächtnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Yves Bichsel, Generalsekretär SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031 300 58 58).

## Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 55000 Exemplaren. **Ab nur 140 Franken** sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail [klartext@svp.ch](mailto:klartext@svp.ch).

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz

# Patriotismus statt Swissness

Der 1. August ist der Tag, an dem sich Politiker landauf, landab schweizerisch geben. Auch diejenigen, die sonst von unserer Heimat wenig halten, zeigen sich zumindest für die Dauer einer Festrede mit Schweizerfahne. Das weisse Kreuz auf rotem Grund ist jetzt ja hip und trendy. Da findet es auch leicht seinen Platz im Marketingkonzept des Beliebighkeitspolitikers.

Nichts gegen fröhliches Feiern, nichts gegen Bratwurst mit Bier. Aber hat es mit dem 1. August nicht doch noch eine tiefere Bewandnis? Schauen wir aufmerksam hin, erkennen wir, wie Nationalfeiertag und Staatsverständnis verquickt sind.



Man denke nur an die glanzvolle Parade auf den Champs-Élysées zum 14. Juli in Paris. Eine zentrale Prunk-

feier für die zentralistische Grande Nation. Oder denken wir an den Flaggenpomp des 4. Juli auf dem Capitol Hill. Grossmachtsymbolik eines Staates mit weltweiten Ambitionen. Bei uns dagegen finden die Feiern überall in den Gemeinden statt. Und der Turnverein stellt die Bühne auf.

Weshalb ist die Schweiz so anders? So bescheiden und solide? Wir gehen von einem ganz anderen Grundsatz aus. Bei uns steht der Bürger im Mittelpunkt. Nicht der Staat. Nicht die nationale Machtentfaltung. Nicht die weltgeschichtliche Mission. Der einzelne Bürger als Daseinsgrund des Staates: Das ist nicht glamourös, aber es garantiert unser aller Freiheit.

Was in andern Staaten zuunterst steht, nämlich der einzelne, einfache Mensch, ist bei uns zuoberst. In an-

dern Staaten Untertan, ist er bei uns Souverän, die oberste Instanz im Land. Deshalb der Föderalismus. Deshalb das Milizprinzip. Deshalb die direkte Demokratie. Der Bürger kann überall mitreden und mitentscheiden. Der Staat ist uns nur ein Mittel zum Zweck. Und der Zweck ist die maximale Freiheit der Bürgerinnen und Bürger.

Das beantwortet uns auch die Frage nach der tieferen Bewandnis der Bundesfeier. Der 1. August ist der Gedenktag für Freiheit und Demokratie. Und das ist durchaus eine ernste Angelegenheit. Denn diese beiden hohen Güter können nur durch Bürgerengagement bewahrt werden; sie müssen verteidigt werden gegen eine wuchernde Verwaltung, gegen politisierende Richter, gegen brüselbegeisterte Magistraten. Mit lockerer Swissness an einem einzigen Tag im Jahr ist es nicht getan. Dazu braucht es opferbereiten Patriotismus. Tagtäglich.

Ihr Toni Brunner

Werbung

**BON 5.-**  
Dieses Inserat  
ausschneiden  
und mitbringen!



Haus der Freiheit

## Ferienzeit – Ausflugszeit

**Urgemütliche Gaststube**  
**Wein von SVP-Winzern**  
**Schöne Gartenterrasse**  
**Saal für Gesellschaften**  
**Einfache Zimmer für Übernachtungen**  
**Ferienwohnung auf Anfrage**

Sonntagabend und Montag Ruhetag

Herzlich Willkommen heisst Sie  
Toni Brunner mit dem ganzen Sonnen-Team

**Anfahrt:** Am besten findet man den Landgasthof, wenn man von Wattwil die Umfahrungsstrasse Ebnet-Kappel benutzt und vor Krummenau links abbiegt Richtung Bendel/Hemberg. Dann geht's ca. 2 km den Berg hinauf. Die Strasse führt direkt zum Landgasthof Sonne Wintersberg.

Telefon: 071 993 10 01 Fax: 071 990 01 08  
info@hausderfreiheit.ch - www.hausderfreiheit.ch  
Wintersberg, 9642 Ebnet-Kappel

## CAMPING KRONENFELD

9105 SCHÖNENGRUND  
Appenzellerland



**Sommer und Winter offen.**

**Wandergebiet um den Säntis  
und Toggenburg.**

**Sonnenhalb gelegen mit Bäumen im Ortsteil  
Wald (840 m Höhe). Einkaufsmöglichkeiten,  
Bank, Post.**

**Einige Wohnwagen 2–4 Plätze  
mit Holzvorbau und Inventar  
umständehalber zu verkaufen.**

**Auskunft:**  
**Klauser, Campingwart, Tel. 071 361 12 68**

Hans Fehr, Nationalrat, Eglisau ZH

# Nein zum schleichenden EU-Beitritt – Ja zur Stärkung der Volksrechte!

In Bundesbern herrscht ein kopfloser Internationalismus. Unsere Unabhängigkeit, unsere Handlungsfreiheit und die Neutralität werden durch den Bundesrat, das Parlament, die Mitte-links-Parteien und die Bundesverwaltung zunehmend missachtet. Sie delegieren die eigene Verantwortung an multinationale Organisationen, insbesondere an die EU und an die UNO. Unsere Volksrechte werden durch «übergeordnetes» internationales Recht – so genanntes Völkerrecht und internationale Konventionen – mehr und mehr ausgehebelt, und die Bürger werden entmündigt. Dieser fatale Irrweg muss korrigiert werden – mit der Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk». Sie stärkt die Volksrechte und stoppt den schleichenden EU-Beitritt.

Die schweizerische Unabhängigkeit wird von unseren eigenen Staatsorganen nicht mehr ernst genommen. Dem Druck von ausländischen Mächten auf unsere Staatsordnung – namentlich gegen unser Bankgeheimnis und die Steuerhoheit – sind die Verantwortlichen leider kaum gewachsen. Immer mehr internationales Recht wird auf unser Landesrecht gestülpt. In immer mehr Bereichen signalisieren Bundesrat, Parlament, Parteien und Verbände «Anpassungsbereitschaft» – so bei Grenzöffnungsfragen, bei der Ausweitung der Personenfreizügigkeit, bei der



Schulharmonisierung, beim ruinösen Agrarfreihandel, bei Millionen- und Milliardenzahlungen ans Ausland, bei Gesetzesanpassungen und dergleichen mehr.

Hand in Hand mit dem Anpassertum wird die schweizerische Neutralität – unser erfolgreiches Sicherheits- und Friedensförderungsinstrument – aufgeweicht und preisgegeben. Die profilierungssüchtige Aussenministerin Calmy-Rey mischt sich «im Namen der Schweiz» in fremde Konflikte ein, nimmt einseitig Partei, vollzieht verschleiert einen unerträglichen Kniefall vor einem Terroristenhelfer und Holocaustleugner und anerkennt voreilig die Unabhängigkeit Kosovos. Sie zelebriert diesen aussenpolitischen Irrweg als «aktive Neutralität» und fordert einen «dynamischen Bilateralismus» mit «mehr Seele» (sprich den EU-Beitritt).

## Fremdes Recht und Folgerecht

So werden in Bundesbern immer mehr Staatsverträge vor allem mit der EU abgeschlossen, die uns verpflichten, fremdes Recht und dessen Weiterentwicklung (Folgerecht, das

wir beim Vertragsabschluss noch gar nicht kennen) zu übernehmen. Das Volk und die Kantone haben dazu nichts zu sagen, sie werden weitgehend ausgeschaltet. Wir kaufen quasi die Katze im Sack.

Ein schlagendes Beispiel ist das Schengen/Dublin-Abkommen, wo man uns das Blaue vom Himmel herunter versprochen hat. In Tat und Wahrheit müssen wir immer mehr fremdes Recht schlucken, namentlich bei den abgeschafften Grenzkontrollen, im Visa- und Asylbereich sowie beim Waffenrecht. Die Kosten für die gemäss Schengen zu trennenden Passagierströme auf den Flughäfen (Schengen-Aussengrenze) belaufen sich allein in Kloten auf rund 460 Millionen Franken. (Im Vorfeld der Schengen-Abstimmung war von offizieller Seite von «maximal 12 Millionen Franken» die Rede). Ebenso werden wir früher oder später Schweizer Grenzwächter an die polnisch-ukrainische Grenze entsenden müssen.

## Doppeltes Ja von Volk und Ständen

Die Volksinitiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk)», lanciert von der überparteilichen Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) – und unterstützt von der SVP –, sorgt dafür, dass aussenpolitische Verträge und Vereinbarungen in wichtigen Bereichen künftig zwingend dem Volk und den Kantonen zur Abstimmung unterbreitet werden und eine doppelte Mehrheit erreichen müssen. Das gilt auch für Ausgaben ab einer bestimmten Höhe.

Zu diesem Zweck wird Artikel 140 Absatz 1 der Bundesverfassung wie folgt ergänzt:

*Volk und Ständen werden zur Abstimmung unterbreitet:*

*d) die völkerrechtlichen Verträge, die:*

- 1. eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung in wichtigen Bereichen herbeiführen,*
- 2. die Schweiz verpflichten, zukünftige rechtsetzende Bestimmungen in wichtigen Bereichen zu übernehmen,*
- 3. Rechtsprechungszuständigkeiten in wichtigen Bereichen an ausländische oder internationale Institutionen übertragen,*
- 4. neue einmalige Ausgaben von mehr als 1 Milliarde Franken oder neue wiederkehrende Ausgaben von mehr als 100 Millionen Franken nach sich ziehen.*

## Die Wirkung der Initiative

Die Initiative stoppt den schleichen den Beitritt zur EU und zu andern internationalen Machtgebilden. So wäre beispielsweise das unselige Schengen-Abkommen mit der Initiative abgelehnt worden, weil das Ständemehr verfehlt wurde.

Mit der Initiative müssten insbesondere die folgenden Vorlagen zwingend dem Volk und den Ständen unterbreitet werden: die Personenfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien; die Zahlungen an die neuen EU-Staaten; das vom Bundesrat anvisierte Rahmenabkommen mit der EU (der «Schnellzug in die EU»); das Dienstleistungsabkommen, das unser Bankgeheimnis preisgibt; der für unsere Bauern ruinöse EU-Agrarfreihandel; das Welthandelsabkommen WTO; die Europäische Menschenrechtskonvention EMRK (welche die Umsetzung der Verwahrungsinitiative behindert) oder die Zollunion. Fazit: Die Initiative stoppt den Ausverkauf der Schweiz!

Werbung

[www.immosurf.ch](http://www.immosurf.ch)

das Schweizer  
Immobilienportal

Marco Duller, SVP International, Trier

# Plädoyer für die direkte Demokratie

Angesichts des Abstimmungsausgangs zum Einbürgerungsverfahren zeigt sich einmal mehr die Tendenz, dem Staat immer mehr Kompetenzen zu übertragen. Dabei hat das Schweizer Volk mit der direkten Demokratie einzigartige Möglichkeiten, die Politik des Landes mitzubestimmen. Um zu sehen, wohin eine schleichende Entdemokratisierung führt, müssen wir nur nach Deutschland schauen. Dort finden alle vier Jahre Wahlen statt. Punkt. Die Politik wird an den Bürgern vorbeigemacht und bietet kaum echten Entscheidungsspielraum. Natürlich bleibt es jedem frei, sich in einer Partei oder Bürgerinitiative etc. zu engagieren. Dennoch fehlt der Politik der kritische Partner Bürger, der das letzte Wort hat. Warum sollte das Volk auch nicht mitentscheiden? Gravierende Gründe können nicht genannt werden. So gibt es mittlerweile verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger in Deutschland auf Landesebene, aber wie viel diese wert sind, hat jüngst eine Abstimmung



in Berlin gezeigt. Abzustimmen war über die Schliessung eines Flughafens. Jedoch äusserten sich Vertreter der Regierung schon vorher, dass sie den Volksentscheid ignorieren würden. Angesichts dieses erschütternden Demokratieverständnisses ist es nicht verwunderlich, dass in Deutschland eine grosse Politikverdrossenheit herrscht. Ein aktuelleres Beispiel ist die Abstimmung über den Vertrag von Lissabon. Die Iren haben

sich dagegen ausgesprochen und nun üben die großen EU-Mitgliedsstaaten Druck auf die Regierung aus. Wo bleibt hier der Respekt vor dem Volk und der direktdemokratischen Entscheidung? Deshalb sollten sich die Schweizer bei jeder Abstimmung genau überlegen, ob sie weitere Kompetenzen an den Staat übertragen wollen – und in einer zweiten Überlegung, was ein EU-Beitritt für die direkte Demokratie bedeuten würde. Der Bürger hat immer noch den besten Blick auf die Bedürfnisse und Notwen-

digkeiten. Die Freiheit, als Bürger über die Geschicke des Staates mitzubestimmen und nicht nur bei der Wahl ein Kreuz zu machen, ist unersetzbar und muss in jedem Falle erhalten bleiben. So schrieb bereits Hölderlin: «Die raue Hülse um den Kern des Lebens und nichts weiter ist der Staat. Er ist die Mauer um den Garten menschlicher Früchte und Blumen.» Wie wir den Garten gestalten, sollte uns selbst überlassen bleiben und keinen abstrakten Verwaltungsinstanzen zu gesprochen werden.

Werbung

## cockpitKMU®

- Erfolg ist machbar
- Für Praktiker
- 30 gratis Downloads

[www.cockpitKMU.ch](http://www.cockpitKMU.ch)  
reinschauen lohnt sich!

### Elektronische Verwaltung und Organisation von Orts- und Amtsparteien.

Zentrale Ablage, Internetzugriff, Benachrichtigung, Versionierung, flexibel, anpassbar, Office-Integration.

Dokumente, Termine, Pendenzen, Vorstand, Sitzungen, Rapportierung...

<http://www.hurco.ch/Vereinsverwaltung.htm>

## Akkura GmbH

Immobilien-Treuhand mit Herzblut



Mietliegenschaften  
Stockwerkeigentum  
Schätzungen  
Beratungen

**Wir nehmen uns Zeit für Sie**  
persönliche Betreuung durch  
Eidg. dipl. Immobilien-Treuhänder  
Immobilienverwalter mit eidg. FA

Schulhausstr. 7, 5612 Villmergen T: 056 610 10 92 [www.akkura.ch](http://www.akkura.ch)

## Qualitäts-Treuhand

mit integrierter betriebswirtschaftlicher Beratung  
**Schnell – Kompetent – Kostengünstig**

- **Komplette Buchführung auf Ihrem oder unserem System (Web-Treuhand)**
- **Teilzeit-CFO (Management auf Zeit)**
- **Trouble Shooting-Einsätze vor Ort (z.B. kurzfristiger Ersatz CFO/Projekte)**
- **Sanierungen/Umwandlungen/Liquidationen**
- **Betriebswirtschaftliche Beratung inkl. Steuerplanung**
- **Verwaltung STWEG**
- **Start-Up-Beratung inkl. Businessplan und Budget**



**timeconsult**

TT Timeconsult Treuhand AG  
Zimikerried 20  
8603 Schwerzenbach  
[www.timeconsult.ch](http://www.timeconsult.ch)

Standorte in Schwerzenbach ZH, Muri AG, Derendingen SO

**Kontakt: Christoph Lanker**  
Präsident SVP Ortspartei Derendingen  
052 213 96 10, [christoph.lanker@timeconsult.ch](mailto:christoph.lanker@timeconsult.ch)

Elvira Hengeveld, Sektionspräsidentin AUNS GR

# Einwanderungsland Schweiz?

Immer mehr Menschen, insbesondere aus Ländern mit anderer Mentalität, mit anderem Glauben und anderer Rechtsauffassung leben in unserem Land. Das schafft mehr und mehr Unbehagen in unserer Bevölkerung. Im Churer Stadtzentrum komme ich mir manchmal fremd vor im eigenen Land. Es gibt in unserem Land Schulklassen, wo man die Schweizer Kinder geradezu suchen muss, und Wohnviertel, wo mehr türkisch oder albanisch gesprochen wird als deutsch oder die jeweilige Landessprache. Wie schweizerisch ist die Schweiz eigentlich noch?



Ich habe nichts gegen Leute, die sich integrieren, die unsere Sprache lernen, die sich an unsere Rechtsordnung halten und unserem Land einen Nutzen bringen wollen. Ich habe aber etwas gegen diejenigen, die sich in Parallelgesellschaften abkapseln, die ihr «Recht» über unser Landesrecht stellen, die sich in unserem Sozialsystem einnisten und die Segnungen der «reichen Schweiz» geniessen wollen oder gar kriminell werden. Vor allem aber habe ich etwas gegen jene Schweizer Politiker, Parteien und Multikulti-Kreise, welche die Tür zum angeblichen Einwanderungsland Schweiz nicht weit genug öffnen können.

Eine erfolgreiche Integration ist nicht nur eine Frage des Willens, sondern auch eine Frage der Zahl. Eine kleine Minderheit von Leuten, die sich schlecht integrieren, können wir verkraften, wenn es aber zehntausende oder gar hunderttausende sind, wird die Situation untragbar. Charles de Gaulle, Gründer der V. Republik, hat 1959, im Zusammenhang mit der Algerienkrise gesagt: «Es ist sehr gut, dass es auch gelbe, schwarze und braune Franzosen gibt. Voraussetzung ist aber, dass sie eine kleine Minderheit bleiben. Sonst wäre Frankreich nicht mehr Frankreich. Denn wir sind vor allem ein europäisches Volk, das zur weissen Rasse, zur griechischen

und lateinischen Kultur und zum christlichen Glauben gehört (...)

Ich glaube, die Schweiz mit ihrem über 20-prozentigen Ausländeranteil hat allen Grund, de Gaulles Rat zu beherzigen. Tut sie es auch? Leider kaum. Der seinerzeit als «Sicherheitsraum» hochgejubelte Schengenraum hat alles andere als sichere Aussen Grenzen, und das Dubliner Asylsystem mit angeblich «geteilten Lasten» funktioniert kaum. Und bevor wir genügend Erfahrungen haben mit der

Ost-Personenfreizügigkeit, die ab 2011 vollständig gilt, droht man uns aus dem Bundeshaus und von Wirtschaftsverbänden bereits mit einer «Katastrophe», falls wir es wagen sollten, die Ausweitung auf Rumänien und Bulgarien zu bekämpfen. Das Parlament geht mit seiner demokratieverachtenden «Paketlösung» so weit, dass im Grunde genommen sogar das Referendum verunmöglicht wird. So wird das Tor zur «reichen Schweiz» noch mehr geöffnet.

Zum Glück hat die AUNS die Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk» lanciert. Sie stärkt die Volksrechte und stoppt den schleichenden EU-Beitritt, indem aussenpolitische Verträge in wichtigen Bereichen künftig zwingend dem Volk und den Kantonen zur Abstimmung unterbreitet werden müssen und nur bei einem doppelten Ja gültig sind.

Werbung



**Immobilienverkauf ist Vertrauenssache.**

Spielen sie mit dem Gedanken Ihre Liegenschaft zu verkaufen? Wir erledigen für Sie den Haus- oder Wohnungsverkauf von A – Z. Profitieren Sie von unserem einmaligen Netzwerk und von einem **gewinnbringenden Verkauf** Ihrer Liegenschaft.



Bahnhofplatz 1, 8910 Affoltern a.A.  
Tel. 043 817 17 11  
luki.sutter@remax.net

## Bruchsch Liecht?



# DE NOSI HÄT'S!

**20** Jahre

**NOSERLIGHT**

CH-8909 Zwillikon

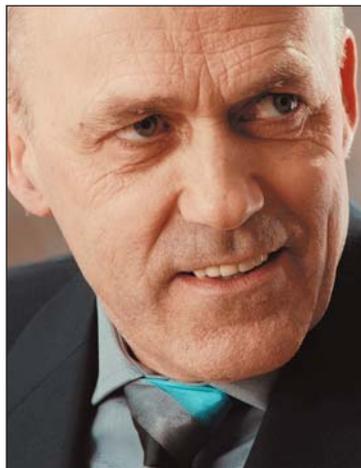
Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12  
info@noselight.ch, [www.noselight.ch](http://www.noselight.ch)

Paul Wenger, dipl. Ing. FH, Fachlehrer für Mathematik, Landrat SVP Reinach BL

# HarmoS ist praxisuntauglich – ein Verwaltungsprodukt im staatsrechtlichen Niemandsland

Das HarmoS-Paket wurde in den Amtsstuben der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) geschnürt. Wichtig zu wissen ist, dass diese EDK nicht etwa ein gelegentliches Freundschaftstreffen unter Regierungsräten zum konstruktiven Gedankenaustausch ist, sondern eine permanente Verwaltungsbürokratie mit über 40 Mitarbeitenden alimentiert. Mit HarmoS entwickelt die EDK ein pulsierendes Eigenleben, dem jede Verfassungsgrundlage fehlt. Kein Parlament – weder ein kantonales noch das eidgenössische – ist an der HarmoS-Gesetzgebung direkt beteiligt! Die Kantone können nur noch abnicken, was die EDK ihnen vorsetzt. HarmoS ist damit ein reines Verwaltungsprodukt im staatsrechtlichen Niemandsland. Politisch argumentieren die Erfinder von HarmoS, dass die Sache im Grunde längst abgesichert sei, und zwar durch das massive Ja zum neuen Bildungsartikel der Bundesverfassung vor einem Jahr, welcher die Vereinheitlichung der Schweizer Volksschulen zum Ziel hatte. Der gerne zitierte Verfassungsartikel (Art. 62 Abs. 4 BV) fordert jedoch nur eine Harmonisierung in folgenden Punkten: dem Schuleintrittsalter, der Schulpflicht, der Dauer und den Zielen der Bildungsstufen und ihrer Übergänge sowie der Anerkennung von Abschlüssen. Von diesem Verfassungsartikel kann zwar ein beschränkter «Harmonisierungsauftrag» abgeleitet werden, allerdings nur bezüglich:

- Obligatorium und Unentgeltlichkeit der Grundschule
- Schuleintrittsalter und Schulpflicht
- Schuldauer, Schulzielen, Schulübergängen, Schulabschlüssen
- Schuljahrbeginn



Aber niemand kann im Ernst behaupten, dieser Artikel

- verlange zwingend die generelle Schulpflicht mit vier Jahren (die Kindergartenjahre werden in den Regelausbildungsverlauf integriert und gelten ohne jede Ausnahme!)
- fordere die generelle Hochdeutsch-Pflicht ab vier Jahren
- verpflichte Schulgemeinden zur obligatorischen Einrichtung von Tagesstrukturen
- erteile der öffentlichen Hand einen umfassenden Integrationsauftrag zur Ausländereingliederung
- übertrage die Verantwortung für Kindererziehung ab vier Jahren weitestgehend von den Eltern auf den Staat
- Berechtiige die EDK zur vollständigen Entrechtung von Stimmbürgern und Eltern zu Fragen der Volksschule

All dies ist aber Bestandteil von HarmoS. Und HarmoS gibt's nur im Paket, nicht als Auswahlendung. Weil interkantonales Recht über kantonalem Recht steht, sind die Kantone auch gezwungen, das ganze HarmoS-Paket umzusetzen, ob sie nun

wollen oder nicht. Eine eigene Mitbestimmung dazu ist ihnen somit verwehrt!

Fatal sind also folgende politischen Neben-Wirkungen von HarmoS:

- Die Bundesversammlung wird ausgeschaltet!
- Das Kantonsparlament und das Volk werden ausgeschaltet!
- Alle Macht zu Fragen der Volksschule geht an staatliche Bildungsfunktionäre!

Wollen wir tatsächlich eine Volksschule ohne Eltern? Nein! Hat sich das Schweizer Volk mit dem Ja zu Bildungs-Verfassungsartikel selbst kastriert und der EDK einen derart weitgehenden Harmonisierungsauftrag erteilt? Nein! Sollen die Kantone ihren Handlungsspielraum und ihre Verantwortung einfach an den Verwaltungsmoloch EDK delegieren? Nein! Als verantwortungsbewusste Eltern und Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wollen wir weiterhin über die Zukunft unserer Kinder mitbestimmen.

Es ist ohne Zweifel richtig und nachvollziehbar, dass viele Dinge im schweizerischen Volksschulwesen verbessert, harmonisiert und zwischen den Kantonen in Einklang gebracht werden können. Doch in der vorliegenden Form von HarmoS werden Eltern, das Volk, kantonale und eidgenössische Parlamente entmündigt und quasi kaltgestellt. Bildungsfunktionäre planen und diktieren so nicht nur die Schulung, sondern weitgehend auch die Erziehung unserer Kinder. Das wollen wir nicht!

Noch ist es nicht zu spät, dieser Überregulierung Einhalt zu gebieten.

HarmoS muss und kann noch auf ein gesundes Mass zurückgesetzt werden. Dies ist möglich, auch wenn es gerne anders verkauft wird! Korrigieren wir HarmoS auf den Umfang, der dem tatsächlichen Volkswillen entspricht! Zeigen wir den akademischen Höhenflügen von übereifrigen Bildungsfunktionären, den vom gesunden Menschenverstand oft vernachlässigten Neunmalklugen, die rote Karte! Schicken wir HarmoS zurück an den Absender!

Erheben wir uns und sagen laut und deutlich:

- Nein zur zwingenden Schulpflicht für Vierjährige
- Nein zur Hochdeutsch-Pflicht für Vierjährige
- Nein zur Verstaatlichung der Erziehung
- Nein zur Abschaffung des Klassenlehrers
- Nein zu illusionär-ideologischen Schulmodellen
- Nein zur staatlichen Integrationspflicht
- Nein zur Volksschule ohne Volk

Die SVP wird dieses Konkordat im Landrat des Kantons Basel-Landschaft in der vorliegenden Form bekämpfen! Das Baselbieter Volk soll nochmals entscheiden können!

Werbung

**www.  
wahl-plakate  
.ch**

Ernst Schibli, Nationalrat, Otelfingen ZH

# Was bedeutet der Agrarfreihandel für die Schweizer Landwirtschaft?

Die von den Schweizer Bauern produzierten Nahrungsmittel sind, im internationalen Vergleich, von überdurchschnittlicher Qualität. Die ausserordentlich engmaschige Regulierung auf Gesetzes-, Verordnungs- und Reglementebene, das Kostenumfeld und die ständigen Bestrebungen, die Schweizer Landwirtschaft unter das Joch der völligen Liberalisierung zu stellen, sind für die einheimische Landwirtschaft in Zukunft aber Herausforderungen, die dem Handlungsspielraum Grenzen setzen. Viele Politiker, Funktionäre und Wirtschaftsvertreter sind sich der Bedeutung und der Verantwortung einer starken, leistungsorientierten, landesinternen Nahrungsmittelproduktion nicht mehr bewusst. Der Wohlstand macht Grundsätzlichkeiten, für die sichere Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln, die Landschaftspflege und damit den Tourismus und für den Fortbestand eines souveränen, eigenständigen und unabhängigen Staates, vergessen.

In den Stellungnahmen zur Umsetzung des Globalisierungsgedankens werden die Bauern, im Vergleich mit den anderen Wirtschaftsbereichen, als das grosse Hindernis dargestellt. Dabei werden elementare Begebenheiten vergessen, oder gar bewusst verschwiegen. Der Forschungsplatz Schweiz gehört zur Weltspitze. Die Hightechprodukte der Pharma-, Maschinen- und Uhrenindustrie genießen weltweit den unbestrittenen Patentschutz. Viele Staaten, vor allem auch Entwicklungsländer, erwerben diese Produkte, zur Förderung der eigenen Volkswirtschaft,



als Investition für die Zukunft. Landwirtschaftliche Produkte aber werden in jedem Land produziert und unterliegen keinem Schutz. Viele Staaten können bei Wirtschaftsabkommen nur landwirtschaftliche Erzeugnisse als Gegenleistung anbieten. Das erklärt zur Hauptsache, warum der Agrarsektor bei den weltumspannenden Liberalisierungsbestrebungen eine derart zentrale Rolle, ja sogar das Zünglein an der Waage, spielt.

## Der Agrarfreihandel bricht den Schweizer Bauern das Genick

Das Einkommen eines Landwirts in der Schweiz ist bereits heute so tief, dass es sich nicht mehr mit anderen gewerblichen Berufsrichtungen vergleichen lässt. Mit einem Agrarfreihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der EU würde der Verdienst nochmals um einen Drittel bis zur Hälfte sinken. Die, im Vergleich mit der EU, nicht

vergleichbaren staatlichen Auflagen verteuern die Produktion und ermöglichen keine gleich langen Spiesse im internationalen Wettbewerb. Als Beispiel seien die Arbeitskosten angeführt. Gemäss einer Studie HS St. Gallen sind die Arbeitskosten in der einheimischen Landwirtschaft 100% höher als in der EU. Dazu kommen die massiven Subventionen der EU an ihre Landwirtschaft in verschiedenen Bereichen.

Ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU würde ein «Bauernsterben» in nie beabsichtigter Weise auslösen. Fachleute rechnen mit einem Verlust von 40 000 Arbeitsplätzen allein in der Landwirtschaft. Aber auch die vor- und nachgelagerten Betriebe wären stark betroffen. Auch in diesem Bereich würden 100 000 bis 120 000 Stellen verloren gehen. Der heute schon europaweit tiefste Selbstversorgungsgrad von knapp über 50% würde auf unter 30% sinken. Die Pflege der Landschaft, für den Tourismus von existenzieller Bedeutung, könnte nicht mehr aufrechterhalten werden.

## Schweizer Landwirtschaft ist konkurrenzfähig

Den Schweizer Bauern werden seit Jahren die Direktzahlungen des Bundes zum Vorwurf gemacht. Dabei wird «vergessen», dass diese Beiträge nur aufgrund der Erfüllung von ökologischen Leistungen, im Tier- und Pflanzenbereich, ausbezahlt werden. Diese zentralen Forderungen des Staates, der Gesellschaft und der Konsumenten sind Bestandteil eines sehr umfangreichen und komplizierten Forderungskatalogs

an die Adresse des Bauernstandes. Damit sollen das Tierwohl und die Biodiversität auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau erhalten und gefördert werden.

Trotz dieser zum Teil schikanösen Auflagen erlebt man beim Vergleich der Kosten des Nahrungsmittelkorbes in den verschiedenen Ländern eine faustdicke Überraschung.

Die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten können, gemessen am Einkommen, vom weltweit günstigsten Nahrungsmittelangebot auswählen und profitieren. Diese Tatsache zeigt, dass sich die Schweizer Bauern den, auch internationalen, Herausforderungen und Verpflichtungen stellen. Sie legt aber auch unmissverständlich dar, dass die Hausaufgaben durch die Landwirtschaft, trotz enormem Kostendruck, gemacht werden. Was von anderen Bereichen der Wirtschaft nicht behauptet werden kann. Ebenso sind sie bereit, qualitativ hochwertige Produkte für den Verkauf zu produzieren. Die Konkurrenzfähigkeit ist auf einem sehr hohen Standard absolut gegeben.

## Die politische Komponente

Aufgrund von Artikel 104 der Bundesverfassung wird die Landwirtschaft verpflichtet, mit einer nachhaltigen und auf den Markt ausgerichteten Produktion einen wesentlichen Beitrag zu leisten für:

- die sichere Versorgung der Bevölkerung;
- die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und zur Pflege der Kulturlandschaft;
- die dezentrale Besiedelung des Landes.

Dieser Auftrag wurde von den Schweizer Stimmberechtigten mit einem Ja-Stimmen-Anteil von über 80 % gutgeheissen.

Ein souveräner, eigenständiger und unabhängiger Staat braucht für die Versorgung der Bevölkerung, vor allem in Zeiten eines gestörten Imports, eine genügende Eigenproduktion. Mit einem allfälligen Agrarfreihandelsabkommen ist dieser bedeutungsvolle, ja sogar existenzielle Verfassungsauftrag nicht mehr gegeben.

Dazu werden auch die oben erwähnten weiteren Verfassungsgrundsätze in Frage gestellt oder gar über Bord geworfen. Dagegen hat sich die SVP zu wehren. Sollte gar mit dem Gedanken gespielt werden, durch ein Agrarfreihandelsabkommen die Bauern für einen späteren EU-Beitritt «weichzuklopfen», dann sollen die Bundesrats- und Verwaltungsstrategen die nötige Transparenz spielen lassen und die Karten offen auf den Tisch legen.

Man kann die Sache drehen, wie man will: Trotz unterschiedlichsten politischen und wirtschaftlichen Auffassungen muss das langfristige, souveräne und eigenständige Wohl des Landes und seiner Bevölkerung im Zentrum stehen. Kurzfristige vermeintliche Höhenflüge und verfehlte Wohlstandsauswüchse sind dagegen strikte abzulehnen und zu bekämpfen. Die Propagandisten eines Agrarfreihandelsabkommens sind gut beraten, sich daran zu erinnern,

dass «Anpassertum» und Gleichmacherei keine Garantien für eine prosperierende Zukunft sind, sondern ins Verderben führen. Die Geschichte lässt grüssen!

Die SVP wird sich deshalb mit allen Mitteln gegen allfällige Bestrebungen für ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU zur Wehr setzen. Die SVP setzt auf den eigenständigen bilateralen Weg, der die besonderen Gegebenheiten eines jeden Landes und Volkes bestmöglich berücksichtigt.

DEMOKRATIE

Luzi Stamm, Nationalrat, Baden-Dättwil AG

# Die Errungenschaften unserer Elterngenerationen

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde in der Schweiz die direkte Demokratie eingeführt. Mit diesem einzigartigen System schafften es unsere Elterngenerationen, die Schweiz innerhalb von nur 100 Jahren vom Armenhaus in das reichste Land der Welt zu verwandeln, ohne dass wir Bodenschätze hatten. 1990 war die Schweiz gemäss sämtlichen Statistiken das wohlhabendste Land der Welt (mit über einer Million Einwohnern; reicher waren nur zwei, drei Kleinststaaten). Je älter man wird, desto mehr erkennt man, welche gewaltige Leistung das war – in nur 100 Jahren!

Seit über 16 Jahren im Parlament erlebe ich, wie unser politisches System – auch wenn immer wieder anderes behauptet wird – im Ausland in höchsten Tönen gelobt wird. Das war beim ehemaligen UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar der Fall, der von den «drei Wundern



der Schweiz» sprach: vom materiellen Wohlstand trotz fehlender Rohstoffe, vom nationalen Zusammenhalt trotz vier verschiedenen Kulturen sowie von der «internationalen Ausstrahlung der moralischen Werte». Das war bei der Generalsekretärin des Europarats, Cathérine Lalumière, der Fall: «Das Schweizer Modell der direkten Demokratie und des Föderalismus könnte für die

Nationalitätenkonflikte vielleicht die Lösung bieten.» Das war so beim Ökonomen John Kenneth Galbraight – der Ende der 90er-Jahre in der Zeitschrift «Schweizer Familie» (26/99) gegenüber der Schweiz das vielleicht schönste Kompliment machte: «Für das nächste Jahrtausend wünsche ich mir, dass die ganze Welt wie die Schweiz wird.» Galbraight – übrigens eher links stehend – hat erkannt, dass unser System der direkten Demokratie nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich absolute Spitzenklasse darstellt: Indem sich die mündigen Bürger mit den politischen Fragen beschäftigen und die Politik an der Urne beeinflussen, bringen sie wirtschaftlich einer breiten Bevölkerung Wohlstand, wie dies sonst nirgends der Fall ist.

Doch wer gedacht hätte, dass die Verantwortlichen in Bern unter diesen Umständen alles tun würden, um am Erfolgsmodell Schweiz fest-

zuhalten, sieht sich getäuscht. Das pure Gegenteil ist der Fall! Mit unglaublicher Hartnäckigkeit verfolgt die politische Elite in Bern eine «Öffnungspolitik», bei der sie die Abschaffung unserer direkten Demokratie kurzerhand in Kauf nimmt.

Das Elend begann, als nach dem Fall der Berliner Mauer die EU-Beitritts-Frage auf den Tisch kam. Bereits im Mai 1992 stellte der Bundesrat in Brüssel ein EU-Beitritts-Gesuch, an dem die Schweiz bekanntlich bis heute festhält! Mit andern Worten: Selbst der eigene Bundesrat war und ist schlicht und einfach bereit, unser weltweit einmaliges Modell der direkten Demokratie auf den Abfallhaufen der Geschichte zu werfen. Denn jedes Kind weiss: Entweder werden die Entscheide durch das Schweizer Volk gefällt oder durch eine politische Elite in Brüssel. Beides, EU-Beitritt und direkte Demokratie, gibt es nicht.

Prof. Dr. Albert A. Stahel, Universität Zürich

# Wurde das Wasserschloss des Gotthards leichtfertig verkauft?

Wie steht es mit der Kontrolle der Wasserschlösser der Schweiz? Bestens bekannt ist, dass in der Schweiz verschiedene Flüsse bzw. Ströme entspringen. Dazu gehören Reuss, Aare und der Rhein, der Inn, der in die Donau fliesst, der Tessin, der zum Po führt, und die Rhone. Für die Wasserversorgung unseres Mittellandes und damit der Schweiz ist vor allem das Flusssystem Aare-Reuss entscheidend. Während die Aare ihren Ursprung im Berner Oberland hat, entspringt die Reuss im Urserental. Das Urserental ist Teil des Gotthardmassivs, das im Prinzip auch die Quelle von Rhein, Rhone und Tessin ist. Bis zur Einführung der Armee XXI war unsere Armee mit der Kontrolle des Gotthardmassivs beauftragt. Dazu dienten insbesondere die Festungswerke, deren Bau bereits im 19. Jahrhundert einsetzte, also noch vor dem berühmten Réduit aus dem Zweiten Weltkrieg. Aus diesem Grund war das VBS bis anhin der



grösste Landeigentümer im Urserental.

Nun ist aber offenbar ein grosser Teil dieses Landbesitzes an den Ägypter Sawiris verkauft worden. Dieser soll angeblich im Urserental ein Resort mit Ferienwohnungen, einem Golfplatz und Hotels bauen. Ausgerechnet in einem Landstrich, der zum Wasserschloss der Schweiz gehört und bisher auch Teil unserer bewähr-

ten Verteidigungsstrategie war. Eigenartigerweise hat bis heute niemand die wirklichen Ziele des Ägypters analysiert. Soll im Urserental gar für die sich absetzende koptische Elite Ägyptens – Sawiris ist Kopte – ein Refugium und damit ein Réduit geschaffen werden? Die Kopten werden in Ägypten als Christen bereits jetzt verfolgt. Ihr Überleben als religiöse Minderheit dürfte nach einem Ableben von Präsident Mubarak in Frage gestellt sein, so vor allem dann, wenn der Einfluss der Moslembrüder zunehmen wird. Ihre Zeit in Ägypten ist gezählt. Diese Entwicklung weist eine hohe Wahrscheinlichkeit auf. Ein anderes Problem, das unbedingt hätte analysiert werden müssen, ist die Frage nach der zukünftigen Kontrolle des Wasserschlosses am Gotthard. Sind evtl. auch hier Rechte an den Ägypter abgetreten worden? Zu welchem Zweck? Wurde etwa der Abzug der Armee aus Andermatt bewusst betrieben? Wurde das Dorf gezielt rui-

niert, damit der Weg für den Verkauf des Landes frei wurde? Warum wurde nicht der Flugplatz von Ulrichen an Sawiris verkauft? Auch dort hätte er ein Resort mit Golfplätzen errichten können.

Die geschilderte Verschleuderung des bis anhin im Besitze des Bundes befindlichen Landes an einen Ausländer dürfte vermutlich Teil der durch gewisse Kreise im VBS betriebenen leichtfertigen Demontage unserer Verteidigung sein. Festungen und damit auch die Stellungen am Gotthard passen nicht in das Konzept einer Armee, die hinter der NATO hinterhertrottet, also weg mit diesem Besitz. Leichtfertigkeit, oder gar bewusst betriebene Liquidationsstrategie der Schweizer Verteidigung, dies ist hier die Frage. Erlaubt sei in diesem Zusammenhang die Zitierung von Shakespeare, dessen Hamlet ausruft «To be, or not to be...» Ist die Zukunft der Unabhängigkeit der Schweiz definitiv in Frage gestellt?

Seit mehr als 30 Jahren sind wir für unsere Kunden in den Bereichen politische Kommunikation und Wirtschaftswerbung tätig.

Für die SVP, für Politikerinnen und Politiker, für Verbände, Behörden, Vereine und Stiftungen sowie für KMU-Betriebe in der ganzen Schweiz. Zupackend, kostenbewusst und termintreu.

Und dies in den Bereichen

- Wahl- und Abstimmungswerbung • Campaigning und Persönlichkeitsprofilierung
- Lobbying und PR • Produkte- und Dienstleistungswerbung • Eventorganisation

Dabei haben wir eines immer wieder bewiesen: Wo nötig, schaffen wir auch die gewünschte Medienaufmerksamkeit...

## Wir wollen Ihren Erfolg

**GOAL**  
AG für Werbung und Public Relations

Walter Minder, Berater Wirtschaftskommunikation  
Alexander Segert, Berater politische Kommunikation

Tel 043 499 24 00, info@goal.ch, Postfach, 8600 Dübendorf/ZH



# 1.-AUGUST-REDEN 2008

## HIER TREFFEN SIE DIE SVP-EXPONENTEN AM NATIONALFEIERTAG

Auch in diesem Jahr treten diverse nationale SVP-Politiker in den Schweizer Gemeinden auf und halten eine Ansprache zum 1. August. Wir würden uns freuen, Sie an einem dieser Anlässe begrüßen zu dürfen!

### SCHWEIZERPSALM



Trittst im Morgenrot daher,  
 Seh' ich dich im Strahlenmeer,  
 Dich, du Hoherhabener, Herrlicher!  
 Wenn der Alpenfirn sich rötet,  
 Betet, freie Schweizer, betet!  
 Eure fromme Seele ahnt,  
 Eure fromme Seele ahnt,  
 Gott im hehren Vaterland,  
 Gott, den Herrn, im hehren Vaterland.

Die SVP wünscht Ihnen  
 allen einen schönen  
 Nationalfeiertag 2008!

Name	Ort	Kanton	Zeit
<b>Blocher Christoph</b>	Urnäsch	AR	11.00
<i>Blocher Christoph</i>	Vorderthal	SZ	16.00
<i>Blocher Christoph</i>	Windisch	AG	20.00
<b>Brunner Toni</b>	Wiedlisbach	BE	09.30
<i>Brunner Toni</i>	Dorf	ZH	13.00
<i>Brunner Toni</i>	Winterthur	ZH	17.00
<i>Brunner Toni</i>	Kirchberg	SG	21.00
<b>Bugnon André</b>	Saint-Prex	VD	21.00
<b>Fehr Hans</b>	Bonstetten	ZH	20.00
<b>Flückiger Silvia</b>	Suhr	AG	11.00
<b>Geissbühler Andrea</b>	Kirchlindach	BE	18.00
<b>Giezendanner Ulrich</b>	Flumserberg	SG	19.00
<b>Hurter Thomas</b>	Oberhallau	SH	16.30
<i>Hurter Thomas</i>	Buchberg	SH	20.15
<b>Hutter Jasmin</b>	Fiscenthal	ZH	18.00
<b>Killer Hans</b>	Untersiggenthal	AG	19.30
<b>Reimann Lukas</b>	Densbüren-Asp	AG	18.00
<b>Rickli Natalie</b>	Iberg-Winterthur	ZH	20.45
<b>Schenk Simon</b>	Rohrbach	BE	13.00
<i>Schenk Simon</i>	Freimettigen bei Konolfingen	BE	19.30
<b>Von Rotz Christoph</b>	Engelberg	OW	20.00
<b>Walter Hansjörg</b>	Frauenfeld	TG	20.00
<b>Wobmann Walter</b>	Lignières	NE	18.00
<b>Zuppiger Bruno</b>	Schönenberg	ZH	10.00
<i>Zuppiger Bruno</i>	Hinwil	ZH	16.00

Alain C. Hauert, Pressesprecher SVP Schweiz

# Kein Schein-Referendum gegen das undemokratische Personenfreizügigkeits-Paket

Die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz diskutierte am 5. Juli in Brig, Kanton Wallis, über das weitere Vorgehen der Partei in der Frage, ob das Referendum gegen die Vorlage zur Personenfreizügigkeit ergriffen werden soll.

Obschon Einigkeit innerhalb der Partei bezüglich der grundsätzlichen Position herrschte, nämlich die Weiterführung der Personenfreizügigkeit zu unterstützen, jedoch eine bedingungslose Ausdehnung auf die beiden neuen Mitgliedstaaten Rumänien und Bulgarien zu bekämpfen, gingen die Ideen über den einschlagenden Weg auseinander.

Nachdem die Regierungsparteien SP, CVP und FDP sich dem inakzeptablen Druck der Europäischen Union gebeugt und die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit den bisherigen EU-Staaten sowie ihre Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien zu einem Paket geschnürt hatten, wird ein Referendum faktisch verunmöglicht. Denn auf eine Scheinfrage, in der zwei völlig verschiedene Aspekte der Personenfreizügigkeit miteinander verknüpft werden, kann an der Urne keine richtige Antwort mehr gegeben werden. Der Stimmbürger, der zur einen Vorlage Nein und zur anderen Vorlage Ja sagen will, kann nicht mehr abstimmen! Sagt er Ja, so heisst er eine Vorlage gut, die er ablehnen möchte, und sagt er Nein, so verwirft er eine Vorlage, die er bejahen will! Mit ihren undemokratischen Machenschaften hebt die Parlamentsmehrheit die direkte Demokratie aus und entmündigt das Volk.

Hinzu kommt, dass sich auch der Bundesrat an diesem Trauerspiel beteiligt und mit der Festsetzung des Abstimmungstermins auf Februar 2009 dafür sorgt, dass die Ablehnung der gekoppelten Vorlage praktisch verunmöglicht wird. Würde nämlich im kommenden Frühjahr die



gesamte Personenfreizügigkeit als Paket vor dem Volk scheitern, so bliebe nicht mehr genügend Zeit, um auf diesen Entscheid zu reagieren und den unbestrittenen Teil der Vorlage – also die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit den bisherigen 25 EU-Staaten – erneut zur Abstimmung zu bringen.

Aufgrund dieser neuen Ausgangslage beantragten Parteileitung und Zentralvorstand der Delegiertenversammlung, auf ein Scheinreferendum gegen diese Vorlage zu verzichten. Die SVP solle sich nicht auf die demokratiefeindlichen Spielereien der Mitte-links-Parteien einlassen und deren Vorgehen durch einen «pseudo-demokratischen» Volksentscheid auch noch zu legitimieren helfen. Denn eine Volksabstimmung, bei der nicht jeder Bürger seinen freien Willen kundtun kann, ist eine Farce und deshalb inakzeptabel.

Dieser Argumentation folgten denn auch die Delegierten, die dem Antrag der Parteileitung mit 326:166 Stimmen folgten. Die SVP-Basis entschied damit, auf dieses Referendum, welches in keinem Fall eine freie Willensäusserung ermöglichen würde und deshalb zum Scheinreferendum verkäme, zu verzichten. Ausserdem wurde ein Antrag von

Nationalrat Josef Kunz angenommen, der den Antrag ergänzt und festhält, dass die SVP das undemokratische Freizügigkeitspaket entschieden ablehnt. Die weiteren Anträge der Parteileitung, mit denen man diese Vorgehensweise der Totengräber der Demokratie aus den Mitte-links-Kreisen zu stoppen versuchen will, wurden grossmehrheitlich angenommen. Diese Strategie beinhaltet auch die Unterstützung der Volksinitiative «für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatverträge vors Volk)» der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz AUNS.

Nach Abschluss dieser sachpolitischen Geschäfte wurde in Brig noch die Aufnahme der neuen SVP Graubünden gefeiert. Die erst kürzlich gegründete Kantonalpartei zählt bereits weit über 500 Mitglieder und auch einige Orts- sowie Kreisparteien (Davos, Domat-Ems, St. Moritz, Arosa sowie Kreis Rhäzüns) sind, genau wie die Junge SVP Graubünden, schon wieder in die SVP übergetreten; auch die Junge SVP Engadin gesellte sich dazu. Die neue SVP Graubünden wurde von den Delegierten offiziell begrüsst und Präsident Jon Peider Lemm konnte von Toni Brunner ein kleines Willkom-



Die vollbesetzte Simplonhalle in Brig als Austragungsort der Delegiertenversammlung

mensgeschenk entgegennehmen. Es war dies ein schöner, symbolischer Aufnahmeakt der jüngsten SVP-Kantonalpartei und ihrer Vertreter in den Kreis der Delegierten, nachdem der Zentralvorstand die neue SVP Graubünden am Vortag wieder in die SVP aufgenommen hatte.

Zum Schluss noch eine Bemerkung am Rande: Wer die Voten und den Ablauf dieser Versammlung miterlebt hat, kann sich nur verwundert die Augen reiben, wieso es immer wieder linke Medienschaffende gibt, die der SVP demokratische Grundzüge abzusprechen versuchen. Die Delegiertenversammlung in Brig zeigte eindrücklich auf, wie die Entscheidungsfindung in einer basisdemokratisch organisierten Partei geschieht.



Referendum ja oder nein? Engagierte Diskussion zu brisantem Thema

Werbung

**CH Ehepaar mit 20 Jahren Erfahrung übernimmt für Sie in Ihrem Ein- oder Mehrfamilienhaus die Hauswartung und Umgebungspflege.**

Region Limmattal, Stadt Zürich bis Grenze Zollikon/Küsnacht Wir unterbreiten Ihnen gerne eine unverbindliche Offerte.  
R.+M. Kottmann, Telefon 076/576.34.62

### AKTION

Für SVP-Freunde

### FILME ÜBERSPIELEN

Wir überspielen Ihre N8/S8/VHS/Hi8/DVC-Filme auf DVD. Professionelle Qualität, kein Abfilmen ab Leinwand oder Glasscreen. Gyger Jürg, Kauenstrasse 4, 8887 Mels SG  
Rufen Sie mich an ab 17.30 Uhr  
081 723 57 67

### Bettenreinigung in einem Tag!

Decken und Kissen werden morgens abgeholt und in einem Tag aufgefrischt. Inhalt reinigen: Decken Fr. 25.-, Kissen Fr. 10.-. Neue Stoffe und Nachfüllung auf Wunsch. Nur 1a-Qualitäten, kein Lebendrupf! Neue Decken und Kissen, auch Spezialanfertigungen. Direktverkauf aus eigener Fabrikation.

**Bettwaren Kloten**  
BETTFEDERNREINIGUNG  
POTEMA®  
MOBILE MATRATZENREINIGUNG

ZOLLINGER + CO. AG

• 8424 Embrach, Hardhofstrasse 15  
Telefon 044 869 10 75  
Samstags auf tel. Anmeldung  
www.rafzerfeld.com  
bettwaren@rafzerfeld.com

## TROUVAILLES Kunstgalerie

### Permanente Gemälde-Ausstellung

des 19.-20. Jahrhunderts

Mittwoch: 14.00–18.00 Uhr  
Samstag: 12.00–16.00 Uhr  
oder nach Vereinbarung

**Paul + Charlotte Vogt  
Fischmarkt 6  
CH-4410 Liestal**

Tel./Fax +41 61 721 78 81  
Natel +41 79 674 05 84  
vogttrouvailles@bluewin.ch

ÜBERSETZEN,  
LEKTORIEREN, REDIGIEREN  
**AAREPTAN**  
Bahnhofweg 17, 5610 Wohlen  
056 622 33 44, [www.aareptan.ch](http://www.aareptan.ch)  
[translate@aareptan.ch](mailto:translate@aareptan.ch)

### SMS-INFO-DIENST DER SVP

Sie erhalten topaktuelle Schlagzeilen und brisante Kurzinformationen der SVP direkt auf Ihr Handy. Melden Sie sich jetzt an (CHF 0.40 pro SMS).

Beim SMS-Service anmelden:  
Schicken Sie von Ihrem Handy aus ein SMS mit dem Text «SVP ON» an die Zielnummer 939.

## Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher



Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf [www.teleblocher.ch](http://www.teleblocher.ch) übertragen.

Olivier Kessler, Kantonalsekretär SVP SZ

# Von Minaretten und der Schwäche des Westens

Anfang Juli wurde in Bern die Minarettinitiative mit 115 000 Unterschriften eingereicht. Wie jede andere zustandegekommene Initiative widerspiegelt auch diese ein breit abgestütztes Anliegen aus der Bevölkerung. Minarette sind Ausdruck eines religiös-politischen Machtanspruchs. Das bekommen Länder in ganz Europa mittlerweile hart zu spüren. An vielen Plätzen, an denen Gebetstürme bisher aufgestellt wurden, wiederholte sich das unglaubliche Geschehen. Im besten Glauben an die muslimische Toleranz gegenüber unseren abendländischen Werten wurden viele Baugesuche für Minarette bewilligt – mit der Abmachung, nicht lauthals von den Türmen zum Gebet zu rufen. Kaum aufgestellt, wurde das Versprechen jeweils gleich wieder gebrochen. Man möchte nun – mit dem Verweis auf die Religionsfreiheit – doch via Mikrophon zum Gebet rufen. Man argumentierte, dass die Europäer ja schliesslich auch nicht auf die Kirchenglocken verzichten wollen.

Mit dieser Salami taktik sind die Muslime in europäischen Ländern bisher sehr gut gefahren und haben es geschafft, die westlichen Gesetze Stück für Stück zu unterwandern. Ist das bald auch schweizerischer Alltag? Die explodierende muslimische Bevölkerungszahl hierzulande lässt zweifellos darauf schliessen. Es ist an der Zeit, dieser Entwicklung Grenzen zu setzen. Ich stehe voll und ganz für unsere Religionsfreiheit ein. Darunter verstehe ich, dass jeder seinen Glauben frei ausüben kann, sofern dieser nicht mit unseren Gesetzen kollidiert. Doch genau das tut der Islam und kann für



mich somit nicht mehr zu den Religionen gehören, die unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit zur Unantastbarkeit erklärt werden können und über deren zum Teil abstruse Inhalte man nicht einmal mehr diskutieren darf. Für die Ausübung des islamischen Glaubens sind keine Minarette nötig. Das bestätigen sogar namhafte Prediger. Dem Frieden in unserem Land zuliebe sollten wir dieser Initiative zustimmen, da es sonst über kurz oder lang zu noch dreisteren Forderungen kommen wird. Vielleicht die Abschaffung der Gleichberechtigung von Mann und Frau? Die Abschaffung des Beschneidungsverbots? Oder eventuell die Legalisierung von Ehrenmorden?

Es kann nur eine auf Konsens beruhende Wertvorstellung in einem Land geben, welche als Leitbild für unser Zusammenleben und unsere Gesetzgebung gelten kann. Jeder weiss, dass man diametral gegenüberstehende Werthaltungen nicht gut in einer Kultur vereinen kann. Es wird bei angegliche-

nen demografischen Verhältnissen kaum zu einer friedlichen Lösung kommen. Es sei denn, eine Seite kribst ständig brav zurück und lässt aus Konfliktscheuheit grosse Teile ihres zugrunde liegenden Weltbilds fallen. Genau das tut der Bundesrat, weil er sich mit vorseilendem Gehorsam

ängstlich von der Initiative distanziert, was Symbolcharakter hat für die Durchsetzungsschwäche, unter welcher der Westen in der heutigen Zeit leidet. Ständig werden mögliche Terroranschläge als Grund für das Nachgeben genannt. Wer so argumentiert, wird alles verlieren.

Werbung

Die seriöse Geldanlage für den Kleinanleger!

**Kapitalanlage Ferien auf der Fiescheralp**

Privatfinanzierung mit 10 Jahre Erfahrung!

## Ihre Geldeinlage

Fr. 10'000.-  
Fr. 20'000.-  
Fr. 30'000.-  
usw. ...



Ihre Sicherheit  
**Pfandbrief**  
im 1. Rang

**6 % ZINS**

**3% Barzins + 3% in Gutscheinen**

für Rest. **Bergfreund** + Hotel **Alpenblick**

Informationen: Holzer Fabian, Hotel Alpenblick, 3984 Fieschertal  
alpenblick@rhone.ch Tel. 0041(0)279701660 Fax. 0041(0)279701665

**ALETSC**  
Brig Wallis Schweiz

**SVP-HIT**  
SVP-Spezialpreis

- Übernachtung im Doppelzimmer
- Frühstücksbuffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

**FR. 50.-**  
pro Person/Nacht

Egal wieviel Nächte!



www.art-baumann.ch



SVP-Sonderparteitag

„Volksschule“

Am Samstag, 23. August 2008

Stadthalle, Sursee (LU)



# Sie sind alle herzlich eingeladen!

Melden Sie sich bereits heute zu diesem Sonderparteitag an:

Vorname:

Name:

Adresse:

PLZ:

Ort:

Anzahl Teilnehmer:

Einsenden an: SVP Schweiz, Generalsekretariat, Brückfeldstrasse 18, 3001 Bern

**Das Detailprogramm folgt nach der schriftlichen Anmeldung!**

